

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, ÖDP
im Ortsbeirat Mainz-Altstadt**

Vorlage-Nr. 0580/2021

Antrag für die Ortsbeiratssitzung am 14. April 2021

Beratungsrechte des Ortsbeirats respektieren

In der Sitzung am 10. März 2021 fasste der Ortsbeirat Altstadt im Rahmen seiner Antragsberatung neun Beschlüsse, ein Antrag wurde ersatzlos abgelehnt.

Dem Ortsvorsteher wurde nun mitgeteilt, dass der Oberbürgermeister "verfügt" habe, dass es zu acht dieser neun Beschlüsse keine Rückmeldung in Form eines Sachstandsberichtes an den Ortsbeirat geben soll.

Darüber hinaus wurden in vergangenen Sitzungen vom Ortsbeirat Altstadt erbetene Berichterstattungen der Verwaltung bzgl. Rathausfreitreppe und Gutenbergmuseum ebenfalls durch den OB nicht genehmigt.

Der Ortsbeirat Altstadt reagiert auf diesen offensichtlichen Konfrontationskurs gegenüber dem demokratisch gewählten Gremium einmütig mit großem Unverständnis über das damit zum Ausdruck gebrachte Desinteresse an seiner mit großem Zeitaufwand und Engagement wahrgenommenen ehrenamtlichen Beratungsfunktion. Wir haben immer wieder erlebt, dass die fundierte Ortskenntnis und der direkte Kontakt mit den BürgerInnen sich am Ende in Form unserer mehrheitlich oder einstimmig gefassten Beschlüsse als richtig erwiesen hat (z.B. bzgl. Verlegung des Wochenmarktes bei Weihnachtsmarkt und Festen, Ablehnung eines festen Weinstands am Fischtor, Standortsuche Gutenbergmuseum, Erhalt der Neutorschule, um nur einige Punkte zu nennen). Wir erleben darüber hinaus in den frühzeitig von uns auf Grund der Pandemie geforderten Videositzungen des Ortsbeirates ein verstärktes Interesse der BürgerInnen unseres Ortsteils, an unseren Sitzungen teilzunehmen.

Daher fordert der Ortsbeirat den Oberbürgermeister nachdrücklich auf:

Die Ortsbeiratsarbeit gemäß § 75 GemO ("Beratung, Anregung und Mitgestaltung" sowie Anhörung "vor der Beschlußfassung" zu "allen wichtigen Fragen, die den Ortsbezirk berühren") nicht zu behindern, indem Anträge ignoriert und Bitten um Berichterstattung verweigert werden.

Er fordert den Oberbürgermeister außerdem auf, die Aussenwirkung seiner Handlungsweise hinsichtlich des zu erwartenden demokratischen Schadens durch die Abschreckung potentieller InteressentInnen für eine Mitarbeit im Ortsbeirat angesichts der so demonstrierten Einflusslosigkeit des Gremiums dringend zu überdenken.

Renate Ammann
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Ulrike Gerster
CDU

Andreas Behringer
SPD

Giacomo Focke
Die Linke

Dr. Wolfgang Klee
FDP

Christiane Drescher
ödp